A2neu Antisemitismus bekämpfen – jüdisches Leben schützen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 06.11.2025

Tagesordnungspunkt: 5. Antisemitismus bekämpfen - jüdisches Leben schützen

## Antragstext

- "Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen" Primo Levi
- 86 Jahre nach den Novemberpogromen ist Antisemitismus gesellschaftliche
- Realität: Er zeigt sich auf vielfältige Weise laut und gewalttätig, aber auch
- subtil und schleichend. Er findet sich in rechten, islamistischen und
- verschwörungsideologischen Milieus ebenso wie in Teilen der politischen Linken.
- 6 Und er findet mitten in der Gesellschaft statt, in Alltagssprache und
- 7 vermeintlichen Witzen, in Klischees und Vorurteilen. Das alles sind deutsche
- 8 Probleme einer deutschen Gesellschaft, die wir gemeinsam erkennen und bekämpfen
- 9 müssen.
- Die Ereignisse der letzten Jahre machen dies deutlich. Anschläge auf Synagogen
- wie in Oldenburg, antisemitische Hetze auf den Straßen nach dem Terrorangriff
- der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, Angriffe auf jüdische Studierende und
- Lehrende, aber auch Beschädigungen und Bedrohungen gegen Erinnerungsorte wie die
- 14 Gedenkstätte Bergen-Belsen zeigen: Antisemitismus, egal ob offen, strukturell
- oder codiert, bedroht jüdisches Leben auch heute noch. Viele Jüdinnen und
- Juden leben in ständiger Sorge: um ihre Kinder auf dem Schulweg, um ihre
- Familien in der Öffentlichkeit, um ihre Gemeinden. Das ist ein unerträglicher
- 18 Zustand.
- 19 Am 9. November 1938 brannten in ganz Deutschland Synagogen, jüdische Geschäfte
- wurden geplündert, Menschen geschlagen, verschleppt, getötet. Die
- 21 Reichspogromnacht markierte den Übergang von Diskriminierung, Ausgrenzung und
- 22 Entrechtung zur systematischen Vernichtung jüdischen Lebens in Europa. Sie war
- der Auftakt zum beispiellosen Menschheitsverbrechen der Shoah, bei dem Deutsche
- mehr als sechs Millionen europäische Jüdinnen und Juden ermordet haben.
- 25 Auch Sintizze und Romnja, politische Gegner\*innen, queere Menschen, Menschen mit
- 26 Behinderungen und viele andere wurden Opfer der nationalsozialistischen
- 27 Verfolgungs- und Vernichtungspolitik. Ihr Leid und ihre Ermordung mahnen uns
- ebenso, jeder Form von Menschenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten.
- 29 Aus dieser historischen Schuld erwächst für uns eine unverbrüchliche
- 30 Verantwortung: Antisemitismus niemals hinzunehmen, jüdisches Leben zu schützen
- 31 und für die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus einzustehen.
- "Nie wieder" ist kein Satz aus der Vergangenheit, sondern ein dauerhafter
- 33 Auftrag. Nie wieder' darf kein exklusives Versprechen sein. Es gilt für alle
- 34 Menschen, überall auf der Welt. Wer sich diesem Satz verpflichtet fühlt, muss
- 35 Gewalt, Vertreibung und Entmenschlichung in jeder Form entgegentreten –
- unabhängig davon, gegen wen sie sich richtet.
- 37 Zugleich tragen wir Verantwortung, Antisemitismus in Europa und weltweit zu
- benennen und ihm entgegenzutreten. Dies gilt in allen gesellschaftlichen und
- politischen Kontexten in Organisationen, Medien und öffentlichen Diskursen.

- Die Würde, Sicherheit und Teilhabe von Jüdinnen und Juden müssen überall geachtet werden, unabhängig von staatlichen oder politischen Konflikten.
- Jüdisches Leben in Deutschland und weltweit ist geprägt von großer innerer
- Vielfalt religiös, kulturell und politisch. Es umfasst Menschen, die sich
- säkular oder orthodox verstehen, liberale Gemeinden ebenso wie strenggläubige
- Strömungen. Diese Meinungsvielfalt ist Ausdruck lebendiger jüdischer Tradition
- und verdient Respekt.
- Im Talmud heißt es (Eruvin 13b): "Diese und jene sind die Worte des lebendigen
- 48 Gottes." Diese Haltung erinnert uns daran, dass Pluralität kein Widerspruch,
- sondern Stärke ist im Judentum wie in jeder offenen Gesellschaft. Es steht uns
- als nichtjüdischer Mehrheitsgesellschaft nicht zu, vorzuschreiben, wie Jüdinnen
- und Juden ihr Judentum verstehen oder leben. Kritik an der Politik der
- israelischen Regierung ist legitim und Teil demokratischer Debatten;
- 53 Antisemitismus beginnt aber auch dort, wo jüdische Menschen und die Bevölkerung
- Israels kollektiv für Handlungen des Staates verantwortlich gemacht werden.
- 55 Antisemitismus ist kein Relikt der Vergangenheit, sondern bittere Gegenwart.
- Jüdinnen und Juden werden beleidigt, bedroht und angegriffen. Synagogen, Schulen
- und jüdische Einrichtungen müssen durch Polizei geschützt werden. Dass jüdisches
- Leben in Deutschland bis heute Schutz durch Sicherheitskräfte braucht, ist und
- 59 bleibt eine Schande für unser Land. Antisemitische Stereotype und Feindbilder
- treten heute in neuen Formen auf: als Relativierung oder Instrumentalisierung
- der Shoah, als verschwörungsideologische Erzählungen oder auch als Projektion
- globaler Konflikte auf Jüdinnen und Juden.
- Wir GRÜNE Niedersachsen sind antifaschistisch. Für uns ist klar: Der Kampf gegen
- Antisemitismus ist Teil unseres Selbstverständnisses und unseres politischen
- 65 Auftrags. Wir bekennen uns dazu, jüdisches Leben in Deutschland nicht nur zu
- schützen, sichtbar zu machen und zu fördern. Dazu gehören Bildung und
- 67 Erinnerung: Antisemitismusprävention muss fest im Bildungssystem verankert sein.
- 68 Jüdisches Leben muss als selbstverständlicher Teil deutscher Geschichte und
- Gegenwart vermittelt werden. Gedenkstättenarbeit und historisch-politische
- Bildung müssen gestärkt, Begegnungen ermöglicht und kritische Medienkompetenz
- 71 gefördert werden.
- 72 Antisemitismus darf keinen Platz haben weder im Alltag noch auf der Bühne.
- 73 Kulturinstitutionen, Vereine und Initiativen sind gemeinsam mit Vertreter\*innen
- jüdischer Gemeinschaften und anderen Minderheiten- und Interessengruppen
- 75 gefordert, unter Mitbestimmung der Betroffenen, antisemitismuskritische
- 76 Leitlinien zu entwickeln und konsequent umzusetzen. Gleichzeitig gilt es, Kunst
- vind Kultur von Jüdinnen und Juden sichtbar zu machen und zu unterstützen.
- 78 Jüdische Einrichtungen müssen sicher sein. Dafür braucht es eine verlässliche
- 79 Finanzierung von Schutzmaßnahmen und die enge Zusammenarbeit von Gemeinden,
- 80 Ländern und Sicherheitsbehörden. Antisemitische Straftaten müssen konsequent
- 81 verfolgt und geahndet werden. Unser Rechtsstaat muss zeigen, dass er auf der
- Seite der Betroffenen steht.
- 83 Die rot-grüne Landesregierung hat in diesen Bereichen zurecht Mittel verstetigt
- und neue Mittel für Sicherheit, Begegnung und Erinnerung sowie demokratischer
- 85 Bildung bereitgestellt.

- 86 Antisemitismus ist aber nicht allein politisch zu besiegen. Wir brauchen Haltung
- in Parteien, Vereinen, Schulen, Medien und am Arbeitsplatz. Schweigen und
- 88 Wegsehen sind keine Option. Jede\*r Einzelne ist gefordert, Widerspruch zu
- leisten, wenn antisemitische Äußerungen fallen.
- Unsere Verantwortung endet nicht an den Landesgrenzen. Der Schutz von Jüdinnen
- und Juden ist Teil der deutschen Staatsräson. Dazu gehört das unverrückbare
- Bekenntnis zum Existenzrecht Israels. Wir stehen an der Seite Israels in seinem
- Recht, seine Bürgerinnen und Bürger gegen Terror zu schützen. Und wir stehen an
- der Seite der israelischen Zivilbevölkerung, die seit Monaten für Frieden und
- Bürger\*innenrechte demonstriert. Zugleich sind wir in der Verantwortung, in
- 96 Europa und weltweit Antisemitismus zu benennen und ihm entgegenzutreten. Das
- 97 gilt auch in internationalen Organisationen, in denen Israel einseitig
- delegitimiert oder dämonisiert wird. "Nie wieder" gilt universell für die
- 99 Würde und Sicherheit von Jüdinnen und Juden überall auf der Welt.
- "Nie wieder" bedeutet heute: Nie wieder Gleichgültigkeit, nie wieder Wegsehen.
- 101 Nie wieder Hass als Normalität. Unsere wehrhafte Demokratie zeigt sich darin,
- 102 Minderheiten zu schützen und Vielfalt zu bewahren. Am 9. November gedenken wir
- der Opfer des Nationalsozialismus und der Reichspogromnacht. Zugleich bekennen
- wir uns zu unserer Verantwortung: dafür zu sorgen, dass jüdisches Leben in
- Deutschland eine sichere und selbstverständliche Zukunft hat.
- 106 Nie wieder ist jetzt.

## Begründung

Überarbeiter Antrag auf Grundlage des vorherigen Antrags A-2 und des Änderungsantrags Ä1 zu A2. Diese Anträge wären damit erledigt.